Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich [illegible] RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

[illegible]. Jahrgang — Dresden, Freitag den 16. April 1926 — Nummer 88

Die Spaltung der SPD. in Sachsen vollzogen!

Der Weg des sozialdemokratischen Arbeiters

Zurück zum Sozialimperialismus oder vorwärts zum Kommunismus?

Dresden, 15. April 1926.

[illegible] Die Vorgänge in der Landtagssitzung vom 15. April sind ein [illegible] Höhepunkt der Krise in der SPD. Die Erklärung [illegible] Sozialdemokraten ist die erste scharfe öffentliche politische Stellungnahme zum sächsischen Konflikt. Diese Erklärung [illegible] von Heidelberg. Vor den Augen der sozialdemokratischen Arbeiter wird jäh der Schleier der politischen [illegible] und Falschspielerei weggerissen. Mit einem Schlage [illegible] die „Konsolidierung" der sächsischen Sozialdemokratie [illegible] Parteitag vom 31. Januar als ein frivoles [illegible] sozialdemokratischer Führer hinter dem Rücken [illegible] Anhänger. Die Kritik der Kommunistischen [illegible] wieder einmal im vollen Umfange als richtig bewiesen. Die Rechten erklären offen, daß die SPD. in Sachsen [illegible] gespalten ist. Kein Zweifel. Der Parteivorstand wird wieder versuchen, zu einigen und die Gegensätze [illegible] Kompromisse zu überbrücken. Die Situation ist heute [illegible] zur Zeit des Heidelberger Parteitages. Die [illegible] Arbeiter haben neue bittere politische Erfahrungen [illegible] Führern hinter sich. Nach all diesen schweren [illegible] werden sich die sozialdemokratischen Arbeiter [illegible] einmal eine Einigungskomödie mit den 23 und [illegible] zu dulden. Die Krise hat einen Höhepunkt [illegible] neuen Manöver und Verkleisterungen [illegible] der sozialdemokratischen Parteikrise in [illegible] einer höheren Stufe als jemals zuvor angelangt. [illegible] der sozialdemokratischen Arbeiter nunmehr nur noch [illegible] in den Sumpf des Sozialimperialismus oder einen [illegible] Vormarsch zum Kommunismus.

[illegible] Ursachen haben bisher den offenen unverhüllten [illegible] Krise in der sächsischen SPD. verhindert? Erstens [illegible] des Berliner Parteivorstandes, die sozialdemokratischen [illegible] Sachsens mit Hilfe der linken Führer [illegible] Koalitionspolitik zu fesseln. Zweitens die Furcht der [illegible] vor dem politischen Kampf mit dem Parteivorstand [illegible] Austragung der Gegensätze mit den Rechten. [illegible] des offenen Kampfes der linken Führer mit [illegible] nur sein die weitere Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter. Drittens wurde der Ausbruch der Krise [illegible] durch das anonyme Bündnis der Rechten mit [illegible]. Die doppelte Buchführung des Parteivorstandes [illegible] der linken Führer in Sachsen hat Bankrott gemacht. [illegible] Ergebnis der Schwankungen und Kompromisse der [illegible] gegenwärtige Offensive der rechten Führergruppe. [illegible] und organisatorischen Ausgangspunkt hat diese [illegible] Veröffentlichung des Briefwechsels der 23 mit [illegible] mit der Erklärung der Rechten in der Landtagssitzung vom 15. April und der Solidarisierung des sächsischen [illegible] mit den 23.

[illegible] unterscheidet die gegenwärtige Krise von allen früheren [illegible] innerhalb der SPD.?

[illegible] und linke Führer sind aus taktischen Gründen der [illegible] Auseinandersetzung aus dem Wege gegangen. [illegible] Führer erklärten immer wieder, daß es sich um eine [illegible] Disziplinfrage in dem Kampfe mit den Rechten [illegible] Kampf wurde nicht mit politischen Waffen ausgefochten, [illegible] versumpfte, innerhalb der Führerschaft in [illegible] und in schmutzigsten gegenseitigen Beschimpfungen. Das Schreiben der linken Führergruppe an das [illegible] ist ein Beweis dafür, daß diese Führer auch [illegible] ganze Frage mit organisatorischen Maßnahmen [illegible]. Die Linken fordern ein eigenes Fraktionszimmer, [illegible] im Parlament, sie erheben Anspruch auf [illegible] Sozialdemokratische Partei und beantragen eine [illegible] der parlamentarischen Ausschüsse. Weder mit der [illegible] Zimmernummer, noch durch eine andere Verteilung der Parlamentssitze werden aber die politischen Fragen [illegible]. Im Gegensatz zu der rein organisatorisch formalen [illegible] der linken Führer rollt die Erklärung der rechten Führergruppe rücksichtslos in offensiver Form alle politischen [illegible] auf.

Die Rechten kämpfen aufs schärfste gegen die politische Einstellung und die organisatorischen Maßnahmen der Linken. Sie [illegible] die Linken den Vorwurf, daß sie die Partei in Sachsen gespalten haben." Rücksichtslos wird die schwankende Politik der Linken angegriffen. Ohne jede Verschleierung treten [illegible] für die unbedingte Unterstützung des kapitalistischen [illegible] die Koalitionspolitik ein. Mit allen Mitteln [illegible] gegen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, [illegible] Zusammengehen mit den Kommunisten in [illegible]. In jeder einzelnen Frage berufen sich die 23 [illegible] des Heidelberger Parteitages und auf die [illegible], daß der Parteivorstand bisher ihre Politik gedeckt habe und daß vor allen Dingen der Parteivorstand die Bildung der Koalitionsregierung mit Hilfe der 23 gefordert hat. Die Rechten wenden sich deshalb auch gegen die Schwankungen des Parteivorstandes, der aus Furcht vor der Flucht der sozialdemokratischen Arbeiter aus der SPD. von seiner früheren Linie abgewichen ist.

Von höchster Bedeutung für die sozialdemokratischen Arbeiter ist der Abriß über die taktischen Differenzen in der Erklärung der Rechten. Die Vorgänge in der sächsischen SPD. sind nur der krasseste Ausdruck der taktischen Differenzen in der deutschen Sozialdemokratie. Die Erklärung der Rechten weist darauf hin, daß diese Differenzen in ganz Deutschland in mehr oder weniger scharfer Form vorhanden sind. In der sächsischen Frage kulminieren die Gegensätze innerhalb der SPD. Die Erklärung der Rechten hebt zum erstenmal die Kämpfe innerhalb der sächsischen SPD. über den Rahmen Sachsens hinaus. Die Streitfragen werden im Reichsmaßstabe aufgerollt. Diese neue zugespitzte Situation zwingt den Parteivorstand auf der [illegible] und die sozialdemokratischen Arbeiter auf der anderen Seite zur eindeutigen Stellungnahme. Die Grundfragen des Klassenkampfes sind aufgerollt. Die Stellung der Arbeiterklasse zum Staat, zur Revolution, zur Koalitionspolitik und zur Einheitsbewegung müssen in diesen taktischen Auseinandersetzungen klar beantwortet werden.

Welche Plattform haben in diesem Kampfe die linken Führer?

Diese Führergruppe ist nicht einheitlich. Ihr überwiegender Teil verteidigt die Koalitionspolitik. In den wichtigsten Fragen ist diese Gruppe zerrissen, gespalten. Sie spiegelt in ihrem politischen Auftreten alle Schwankungen und Stimmungen der breiten Massen wider. Sie sind nicht Führer der Arbeiterschaft, sondern nur das Barometer für das Abflauen oder Vordringen der revolutionären Bewegung. Die sozialdemokratischen Arbeiter tragen sich noch immer mit Illusionen über diese Führergruppe. Der sehnliche Wunsch, mit der alten, durch tausenderlei Traditionen an das politische Leben des Arbeiters gebundenen Partei den Klassenkampf führen zu können, macht breite Arbeiterschichten zu Anhängern der linken Führergruppe. In der Hitze des verschärften politischen Kampfes müssen die Illusionen über die politische Rolle der linken sozialdemokratischen Führer jedoch schneller wie bisher zerschmelzen. Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen dann vor der Notwendigkeit, sich selbst eine Antwort zu suchen auf die Frage: Welches ist unser Weg?

In dieser Situation ist es die höchste Pflicht der klassenbewußten kommunistischen Arbeiter, ihren sozialdemokratischen Arbeitsbrüdern kameradschaftlich die Hände entgegenzustrecken und ihnen den Ausweg aus reformistischer Verirrung zu zeigen. Diese Arbeit muß jetzt mit doppelter Kraft geleistet werden. In ganz Deutschland muß die Arbeiterschaft zu den neuen Vorgängen in Sachsen Stellung nehmen. In den Gewerkschaften hat der Kampf gegen die Rechten bereits eingesetzt. Er muß verstärkt weitergeführt werden. Auf dem Boden der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit muß der revolutionäre linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung emporwachsen. Die Offensive der Rechten ist ein neuer Grund mehr für die Notwendigkeit eines Volksbegehrens auf Landtagsauflösung. Die Lebensinteressen der Arbeiterklasse fordern gebieterisch die Einheitsfront und den engsten Zusammenschluß aller Arbeiter im Kampfe gegen die Reaktion und ihre Lakaien. Diese Einheitsfront herzustellen, ist das Gebot der Stunde.

Das sind die wichtigsten Lehren der Parteispaltung der sächsischen Sozialdemokratie.

Offener Abmarsch der 23 zur Bourgeoisie

Selbständige Fraktionsbildung der Ausgeschlossenen

In der gestrigen Landtagssitzung verlas der Präsident Winkler nach Eröffnung der Sitzung das an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe abgedruckte Schreiben der Linken, in dem erklärt wird, daß die 23 Rechten nicht mehr als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei gelten, und in dem vom Präsidenten des Landtages verlangt wird, den linken Sozialdemokraten ein eigenes Fraktionszimmer zur Verfügung zu stellen und die Vertretung in den Ausschüssen entsprechend neu zu regeln. Daraufhin gab der rechte Abgeordnete Wirth für die 23 nachstehende Erklärung ab:

Erklärung der Rechten

Die Führung der sächsischen Sozialdemokratie, ihre politische Einstellung und organisatorischen Maßnahmen der letzten Jahre legen jedem Sozialdemokraten, der in der Partei etwas anderes als eine Befriedigung persönlicher egoistischer Bestrebungen erblickt, immer zwingender die Frage auf, ob das Interesse der von der Sozialdemokratie Sachsens vertretenen Schichten bei dieser Führung und politischen Einstellung noch gewahrt wird.

Die Unterzeichner dieser Erklärung sowie die hinter ihnen stehenden Kreise müssen diese Frage nach reiflichster Prüfung entschieden verneinen.

Während vor dem es in der Sozialdemokratie als ein unumstößlicher Grundsatz galt, daß nur gereifte, in jahrzehntelanger Parteiarbeit erprobte und erfahrene Charaktere Parteiführer sein konnten, befindet sich heute die sächsische Parteiführung in ihrer überwiegenden Mehrheit in Händen von Personen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie im allgemeinen und in der Republik im besonderen nie begreifend, die Voraussetzungen für jede Politik, die ökonomischen Verhältnisse außer acht lassend, dagegen einzig und allein von einem Machtwillen beseelt, der zu den realen Faktoren des Landes in keinem Verhältnis steht, hat die gegenwärtige sächsische Parteileitung auf politischem Gebiete Torheit an Torheit gereiht und immer wieder nur den Gegnern der Sozialdemokratie und der Republik gedient.

In der politischen Illusion befangen, die Kommunisten, die bis zum heutigen Tag nur das eine Ziel kennen, über die Zerschlagung der Sozialdemokratie die Republik zu stürzen, zu positiver Staatsmitarbeit zu erziehen, hat

diese Parteileitung die Sozialdemokratische Partei Sachsens auseinandergerissen.

Den Kommunisten zuliebe, diesen geschworenen Feinden der SPD. und der Republik, wurde das Diktat der Reichsregierung auf Entfernung der Kommunisten aus der sächsischen Regierung abgelehnt.

Den Kommunisten zuliebe schuf man den billigen Anlaß zum Vorgehen der Reichswehr in Sachsen. Den Kommunisten zuliebe lehnte man die vom Parteivorstand geforderte Koalition mit bürgerlichen Parteien ab und war bereit, den Landtag in einer Zeit aufzulösen, wo die Niederlage der Sozialdemokratie sicher war.

Nachdem die Fraktionsmehrheit diese Gefahr unter persönlichem Einsatz abgewehrt hatte, gab es für die sächsische Parteileitung nur das eine Ziel, die Arbeit der mittlerweile gebildeten Koalitionsregierung systematisch herabzusetzen und die 23 Mitglieder der Fraktionsmehrheit persönlich zu verunglimpfen.

Der Heidelberger Reichsparteitag

setzte diesem Treiben zunächst ein Ziel. Die gesamte Partei erkannte und sprach es auch öffentlich aus, daß mit der sächsischen Parteileitung eine praktische Politik nicht zu machen sei.

Der sächsische Parteikurs erlitt hier eine eklatante Niederlage.

Die erhoffte Gesundung der sächsischen Parteiverhältnisse trat aber nicht ein. Der Boykott gegen die 23 Mitglieder der Fraktionsmehrheit wurde nach Heidelberg weitergeführt, ja, noch verschärft. In den Parteiorganisationen wurde Parteierfahrung und treue Mitarbeit verbannt. Alles wurde richtungsmäßig abgestempelt und rücksichtslos auch der tüchtigste Funktionär beseitigt oder seine Entfernung mit allen Mitteln angestrebt, der den politischen Kurs der sächsischen Parteileitung nicht mitmachte.

Die Parteimoral wurde vergiftet.

Landtagsabgeordnete und Führer der sächsischen Parteiorganisation versorgten die sächsische Parteipresse systematisch und wissentlich mit falschen Meldungen. Die gleichen Führer der sächsischen Sozialdemokratie kannten kein anderes Ziel, als mit den Mitteln der Verleumdung alte und ehrliche Führer des Proletariats herabzusetzen.

Die sozialdemokratische Presse Sachsens unterstützt diese Politik des politischen Unvermögens und der Unwahrhaftigkeit.

Von Personen geleitet, denen zum größten Teil jede Voraussetzung für eine wirksame politische Schreibweise abgeht, bar jeder näheren Kenntnis der Gesetze der Oekonomie und der praktischen Gesetzgebung, glauben diese Personen durch Stil und praktische Schreibweise zu ersetzen, was ihnen im erforderlichen Wissen abgeht.

Dazu gesellt sich die gleiche Unwahrhaftigkeit wie bei der parteiorganisatorischen Führung. Dem taktisch anders Eingestellten in der Partei wird jede Meinungsäußerung erschwert, ja fast unmöglich gemacht. Berichtigungen sind nur unter schwerstem Druck nach langer Zeit zu erreichen. Selbst vor persönlichen Angriffen, mit denen man den politischen Gegner verschont, wird gegenüber den 23 nicht zurückgeschreckt.

Das alles hat

die Partei zermürbt,

die Parteimoral gelockert und den Konjunkturjägern und Maulhelden den Boden in der Partei bereitet, aber auch gleichzeitig eine Parteiverdrossenheit unter den alten ehrlichen Kämpfern erzeugt, die nur noch durch außergewöhnliche politische Vorgänge zu bannen ist.